



Verantwortliche Leiter: Händelstr. 1, V. V. Stenoberg, Politischer Teil Dr. Franz Jäger, Kunst u. Wissenschaft Richard Köpcke, Lokales und Sports Gehart Reiter, sämtlich in Berlin

Verantwortlich für den Inverstatteil: V. V. A. Looy, Berlin, Koenigsplatz 4
Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag G.m.b.H., Berlin W 8, Kreuzstr. 17

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Mittwoch, 4. Juni 1930

Nationalsozialisten gegen Stahlhelm!

TU Berlin, 4. Juni.
Das Bundesamt des Stahlhelms gibt bekannt: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei hat am 23. Mai offiziell auf eine Anfrage des Stahlhelms, ob sie bereit sei, die Nationalsozialistische Partei als eingetragenes Mitglied ihrer Partei nicht gleichzeitig Mitglied eines Wehrbundes, also auch nicht des Stahlhelms sein könne. Die Stahlhelmführung behauptet diese Entscheidung im betragsmäßigen Interesse angeordnet, zumal sie bisher grundsätzlich den Standpunkt vertreten hat, daß die Kameraden eingetragene Mitglieder bei allen nationalen Parteien sein müssen. Es wird durch die obgenannte Erklärung mancherseits bestätigt, theoretisch die geeignet erachteten Gegenmaßnahmen in Kürze zu treffen.

Die Bedeutung dieser Richtschnur für die Entwicklung auf der rechten Front ist in den letzten Tagen hat der Nationalsozialismus im Stahlhelm starken Anklang gefunden. Die Frontierung der Nationalsozialisten gegen den Stahlhelm muß notwendigerweise zu weitgehenden Konflikten, möglicherweise zu einer Klärung der Lage führen.

SPD. auf dem Kriegspfade gegen den Reichswahlminister.

Bei der Reichstagsdebatte über den Etat der Reichswehr hat bekanntlich der sozialdemokratische Abgeordnete H. H. H. eine Rede gehalten, die erkennen ließ, in wie hohem Maße Herr Müller den Dingen, deren demokratische Auswertung er für seine Partei, felt in der dem Opposition steht, für möglich hielt, Gehör zu finden. Der Reichswahlminister sah sich schon damals zu einer sehr scharfen Antwort an Herrn Müller veranlaßt. In der gleichen Angelegenheit hatte nun Herr Müller dem Reichswahlministerium ein Schreiben vorgelegt. Daraus ist zu entnehmen, daß die SPD folgende Mitteilung des Reichswahlministeriums zurückgewiesen hat:

„In dem von Ihnen ein Schreiben zurückgewiesen, welches die gegenseitige Reichstagsdebatte den Generalmajor von Schölerer zur Überprüfung angehängt hatten.“

„Auf Vorlegung des Herrn Reichswahlministers am 1. Juni an irreführende mündlichen oder schriftlichen Aussagen Herr Müller erwidert werden.“

„Selbstverständlich wird trotzdem die sachliche Bearbeitung der Angelegenheit sofort in Angriff genommen.“

„Mittelschritt ist dem 'Vorwärts' vorzutun. Er tritt dem Reichswahlminister mit, daß Groener, mit seiner Anordnung gegen den General Müller, zugleich auch die Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsdebatte abgebrochen hat.“

„Das sozialdemokratische Blatt gibt die Vermutung Ausdruck, daß das Schreiben des Ministers eine Folge von Müllers Kritik an den angeblichen Beziehungen der Reichswehr zur kommunistischen Armee sein kann. Im übrigen sei die Einleitung der Abgeordneten in solche, denen man antwortet und andere, denen man nicht antwortet, eine Unschicklichkeit, die gegen den Geist der Reichstagsdebatte verstoße und gegen die sich zu wehren der Reichstag als Verfassung hat.“

„Dazu ist zu sagen, daß unteres Mitglied des Reichstags dem Reichswahlministeriums am 2. Juni nicht auf den kommunistischen Komplex zurückzuführen ist, sondern seinen Grund in dem persönlichen politischen Verhalten des Abgeordneten Müller hat. Den Schicksalsfall, der darin besteht, daß die Sozialdemokratische Partei gegen den Reichswahlminister nun auf abgebrochen enthält, wird der Minister, wie wir meinen, ohne Schädigung seiner Gesundheit überleben. In der Reichstagsdebatte war es durchaus notwendig, daß das Reichswahlministerium endlich einen Schritt zu tun sich und einem Abgeordneten, der in dem Vertrauen, Reputation mit allem Willen zu betreiben, die Grenzen des politischen und persönlichen Ansehens verläßt.“

Freilassung der in Jugoslawien verhafteten 'Deutschen Spione'.

EP Wien, 4. Juni.
Wie die 'Neue Freie Presse' aus Belgrad meldet, hat der Staatsrat des jugoslawischen Reiches zum Schutze des Landes die Freilassung des in Graz verhafteten verhafteten jugoslawischen Abgeordneten der deutschen Partei, Dr. Reuner, der Sachverständigen J. J. Meuter und des mitverhafteten Angestellten verfügt.

Belgrad, 4. Juni.
Im Anschluß an seinen Artikel über den König erklärte General von Daxferri, daß die Beziehungen der jugoslawischen Fremden, die zwischen Deutschland und Jugoslawien eine Differenz bestehen. Die deutsche Reichswehr in Jugoslawien erhalte ihre Rechte gegenüber dem Lande vollkommen und man sich nicht scheuen werde, zu widerprüfen Deutschland und Jugoslawien ein ebenso gutes Verhältnis bestehen, wie zwischen Deutschland und Dänemark.

Einig über Stadbedeutung.

Inhalt der Kabinettsbeschlüsse noch vertraulich.

Die seitige Kabinettsbeschlüsse des Reichs-Kabinetts sind bis in die zweite Morgenstunde hin, nachdem, wie bereits mitgeteilt, kurz vor Mitternacht eine Einigung über die Vorläge des Reichswahlministers zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung zustande gekommen war, für die weiteren Verhandlungen hinsichtlich auch zu einer grundsätzlichen Einigung über die Bedingungsfrage zum Reichshaushalt. Nach einer amtlichen Mitteilung wurden die Notizen beantragt, die detaillierte abgeleitete Ausarbeitung der Beschlüsse des Kabinetts für die abschließende Kabinettsitzung am Donnerstag vorgelegt.

Da das Kabinetts über die Eingelieferten seiner nächsten Beratungen strengste Vertraulichkeit vereinbart hat und sich diesem, im Gegensatz zu früheren Fällen, auch peinlich an die Vereinbarung hält, werden sämtliche in der Sache bisher erlassenen Mitteilungen über die Ergebnisse der Kabinettsitzung auf Kommunikation, Naturgemäß haben sich diese Vermutungen auf den Vorlägen des Reichswahlministers bzw. Reichswehrministers auf, über welche ja bekanntlich seinerzeit eingeleitet die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ob und bis zu welchem Umfang diese Vorläge aber vom Kabinetts akzeptiert bzw. abgelehnt oder erweitert worden sind, muß vorläufig zurückgestellt bleiben. Immerhin darf man wohl annehmen, daß, was A. die Arbeitslosenversicherung betrifft, die bekannten Projekte der Reichsversicherungsanstalt (Reformen und einhaltprozentige Beitragsbefreiung) vom Kabinetts über weiteres gebilligt worden sind. Da aber diese Projekte, die jedenfalls in den nach verbleibenden neun Monaten des laufenden Etatsjahres 210 Millionen

erhöhen können, naturgemäß nicht entfernt zur Abdeckung des 737 Mill. Reichs ausreichen, wird es von Interesse sein, zu erfahren, wie weit das Kabinetts über die Vorläge der Reichsversicherungsanstalt hinausgegangen ist. Hat vor allem die Beitragsbefreiung auf ein volles Prozent, gegen welche, wie man sich erinnern wird, in der Reichstagskammer sehr starke Bedenken bestanden, die Zustimmung des Kabinetts gefunden? Wenn ja, was ist das Gesicht, das die gesamten Reformmaßnahmen (Ausänderung der Hinterlassenenversicherung, Beitragsbefreiung u. a.) sonst verfehlt werden sollen, daß nicht, wie ursprünglich gefordert, 90 bis 120 Millionen, sondern 240 Millionen allein durch Einparierungen erzielt werden? Hat sich schließlich das Kabinetts für das von den Beamten und anderen Organisationen so scharf abgelehnte Maßnahme der Beitragsbefreiung, oder für ein generelles Reform, das tagüber erörtert wurde, ausgesprochen? Das alles sind Fragen, die vorläufig, da bis zum Abschluß der morgigen Kabinettsitzung, unbeantwortet bleiben müssen.

Nicht völlig geklärt ist ferner der Zusammenhang zwischen den Kabinettsberatungen und Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bzw. dem Reichsverband der Industrie und den Gewerkschaften geführt worden sind und die sich, dem Vermutungen nach, um die Frage gedreht haben sollen, ob sich ein gemeinschaftliches Organ, ein geschäftlicher Rat, der die Rechte und Pflichten der beiden Parteien, nach allerdings nicht ausreichenden Informationen, gegen die Verhandlungen hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmervertreter gesichert sein.

Die Azoren erreicht.

„Graf Zeppelin“ Rückfahrt.

Orta (Azoren), 4. Juni.
Der „Graf Zeppelin“ hat um 12 Uhr (MES) die Stadt mit Heißem Regen überflogen. Anschließend befindet sich ein Bod des Luftschiffes alles in bester Ordnung.

Friedrichshafen, 4. Juni.
In einem um 3 Uhr beim Verlassen eingegangenen Funkposten von Bord des „Graf Zeppelin“ wurde der Standort mit folgendem Text: 28 Grad Nord, 30 Grad West, 115-Kilometer-Östwindigkeit. Aus Azoren. (Dabei teilt der „Graf Zeppelin“ nach 28 Stunden Fahrt bereits weit über die Hälfte des Weges aufwärts zurückgelegt. Rück) Ein um 1 Uhr eingegangener Funkposten von Bord heißt, daß Wetter und Fahrt gut seien.

Semur, 4. Juni.
Wie das Generalreferat der Deutschen Gewerkschaft über die Wetterausfahrt der im Ozean des „Graf Zeppelin“ am Mittwoch um 10.30 Uhr mitteilte, ist ein Teil der über den westlichen Ärmel, von nordatlantischen Ozean für die Weiterreise nach Azoren, das von Friedrichshafen bis 30 Grad Nord, 40 Grad West teils gemonatet ist. Es ist bisher dem Luftschiff nichts vorgefallen, so daß in der dem Teilzeit bedingenden notwendigen Luftvermehrung das Luftschiff zeitig nach Azoren gelangt. Die Wetterlage ist sehr gut, Teilzeit von dem Luftschiff überfliegen. Anschließend dreht für das Luftschiff die Winde auf Südwest bis Südost. Innerhalb der Ostküste vom Ozean liegt ein ausgedehntes Hochdruckgebiet, das von den Azoren nach dem britischen Inseln reicht, und auf dessen südlichen Abhängen nördliche bis nordwestliche Winde wehen, die für das Luftschiff günstig sind. Die Azoren Seitenwind bis Gegenwind bedeuten. Dabei herrscht jedoch von

„Gehr wenige Edeners in der Welt.“

Erklärungen des englischen Luftfahrtministers.

London, 4. Juni.
Der Luftfahrtminister Lord Thomson kam heute im Verlauf einer Rede im Oberhaus auf die Frage der Luftschiffe zu sprechen, wozu er ausführte: Es wird vielleicht gefragt werden, wieso denn der „Graf Zeppelin“ im Vergleich mit anderen hochentwickelten Luftschiffen, während unterer Welt der Luftschiffe ihre Zeit hauptsächlich in ihren Hallen verbringen. Die Antwort ist sehr einfach: Die Deutschen haben 30 Jahre Erfahrung im Bau von Luftschiffen. Sie haben schon vor dem Ersten Weltkrieg Luftschiffe am Bau. Ich möchte die guten Eigenschaften unserer Landluft nicht verschweigen, aber angesichts solcher Erfahrung müssen wir uns damit abfinden, daß es jetzt wenige Dr. Edeners in der Welt gibt. Wir haben noch nicht die Zeit gehabt, um unsere eigenen Dr. Edeners heranzubilden, der Zeit, die dem bemerkenswerten Mannern ist, mit denen ich je zusammen gekommen bin. Solche Männer sind nicht in jeder Generation zu finden.

Lord Thomson fuhr dann fort: Auf der anderen Seite möchte ich mich gegen den „Graf Zeppelin“ zu sagen, wenn ich sage, daß es leicht mit dem R 101 und sogar mit dem R 100 nicht zu vergleichen ist. Wie haben diese Schiffe so funktioniert, die die Hälfte der Welt sind. Einer der beiden Luftschiffe wird Ende dieses Monats nach Kanada fliegen und das andere im September nach Indien. Wenn diese beiden Luftschiffe Flüge erfolgreich durchlaufen, das wird zu ermutigen sein, so fort ein Luftschiff von 75 Millionen Mark gebaut werden soll. Ein Luftschiff dieses Umfangs würde unlaßbar sein, die Flüge werden zu gestalten.

Neuer Vorkhof Rothhermes gegen Zrianon.

TU London, 4. Juni.
Lord Rothhermes vertritt in der „Daily Mail“ entlich das gebürtige Vorstandsmitglied von Zrianon einen Brief, der sich mit dem Inhalt durch den Friedensvertrag ausgeführt. In der Brief, Rothhermes weiß darauf hin, daß er seit nahezu drei Jahren die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten und europäischer Staatsmänner auf die unglückliche Lage, unter man Gerechtigkeit widerfahren lassen müsse, hinzuweisen verlaufe. Durch verhältnismäßig leichte Abänderung der bestehenden Verträge würde es möglich sein, Ungarn ein Gebiet mit ungefähr zwei Millionen der durch den Friedensvertrag abgetretenen 3,3 Millionen Ungarn der ungarischen Nation wieder einzuverleiben. Von allen Staaten, die im Krieg gegen die Alliierten gekämpft hätten, habe Ungarn die großzügigste Behandlung verdient, da es gegen seinen Willen in den Kampf gezogen worden sei.“

„So sehr wir den Ungarn diese territorialen Güter in ihrem Kampf gegen Zrianon gönnen, so sehr müssen wir es aber

Ungarns Antwort an Briand.

TU Budapest, 4. Juni.
Wie das Blatt „Ujvilág“ erzählt, hat die ungarische Regierung ihre Antwort auf die Briand'sche Bantarraum-Verpflichtung nunmehr fertiggestellt. Die ungarische Regierung werde sich mit der Briand'schen Idee, große Wirtschaftskomitee zu schaffen, grundsätzlich einverstanden erklären, aber hinzufügen, daß Ungarn die Bedingungen nicht ohne weiteres annehmen werde. Ungarn sei nicht in der Lage, ihren Beitritt einem Verein zu geben, das es sich mit der in Zrianon gefestigten Lage abfinde.

Anschließend des heutigen Tages, mit dem Ungarn die politische Lage des Tages von Zrianon befreit, bescheiden die Mitglieder ohne Unterschied der Partei diesen Friedensvertrag wie alle Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920 als einen Sohn auf des vorher verführte Selbstheimatung und als Schicksal der übernatürlichen Weltanordnung.

Parteiendämmerung in England?

Von einem englischen Freunde wird uns aus London geschrieben:

Die politische Situation in Großbritannien ist interessanter denn je seit dem Krieg. So wie der Weltkrieg die große und allmächtige liberale Partei zerstückelt, so zerstückelt seine wirtschaftlichen Folgen die sozialistische und die konservative Partei. Beide, abgesehen dem äußeren Schein nach groß und noch lebhaft homogen, sind in voller innerer Zerkünderung. Beide haben den Lebenskampf im Herzen: das erste und aufsteigende soziale Arbeitslosenproblem.

Britannien zeigt ferner modernen Welt nicht nur in der Not, und so wird die soziale Wirtschaftspolitik im Laufe der Zeit als notwendig erweisen, auch wenn es heute schwer scheint, daran zu glauben. Beide Parteien, Sozialisten wie Konservativen, hätten bei prinzipieller Durchsicht ihrer Lehren die Möglichkeit gehabt, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Beide haben allerdings dieser Aufgabe verweigert, je man kann objektiv sagen, daß durch Untergrabung des Vertrauens und Herabsetzung der Sozialisten die Situation haben verschlimmern helfen. Das würde Verlangen der Verantwortlichen bei der Beschäftigung beider Parteien mit dieser Inanspruchnahme erfüllt. Die Öffentlichkeit ist bei beiden Parteien herzlich müde. „Die Welt über eure beiden Häuser!“ sagt der Mann auf der Straße.

Das britische Volk ist, in gewisser Hinsicht, ferner selbst und seiner eigenen Seele müde. Ihm ist eben noch keine Demokratie. Es fehlt sich nach Führerschaft, um ein wenig in diesem Augenblick wieder Führerschaft bindung anhängen, gleichzeitig aus welchem Lager diese Führerschaft kommen mag. Unter den „amerikanischen und belgischen“ Politiken findet es diese Führerschaft nicht.

Ramsey MacDonald, der Premierminister, ist zu sehr Gefährten, zu sehr der großen Ziele zugewandt, zu wenig besetzt von jenem Geiste des überwindlichen Optimismus, den die Stunde fordert. Lord Baldwin, dem konservativen Führer, hat ein politischer Gegner gefast, er ist zu sehr Gentleman, um ein höherer politischer Führer zu sein, eine Charaktereigenschaft, die nur zu wahr ist. Lord George sagt, während Premierminister Baker in dem Augenblick, in dem der Weltkriegsland unterzeichnet wurde Seine Zeit ist vorüber. Er ist zu alt. Er genießt kein Vertrauen mehr. Man sieht in ihm den Totengänger von Parteien.

Die alte Brigade hat keinen moralischen Kredit mehr. Sie unter den Unterführern ihrer Parteien können keine neue reellen Qualitäten zu finden. Snowden besitzt die Energie, aber ihm fehlt die notwendige Weite und Breite des Blicks. Er gehört dem 19. Jahrhundert an, er verfährt sich der Gegenwart einer sich ständig wandelnden Welt schon um die Zeit, als Sir John Lubbock lebte. Er hätte in der „alten alten Zeit“ Erfolgsmann sein sollen. Er ist nun und älter gegenüber neuer und reich wechselnden Verhältnissen an der ganzen Welt. Er ist ein Mann, der nur eine einzige Idee besitzt.

Milne Churchill, ein geborener Führer in diesen Situationen. Und doch der Fähigkeit erkrankend, seinen Gefolgsleuten jenseits letzte, unbestimmte Vertrauen einzufößen, auf das alles ankommt. Er hat Weisheit, hat Mut und hat die Gewalt der Rede — und doch wird er nicht zum Führer der Nation erkoren werden. Ich kann mir keinen anderen Mann von der Front denken, der irgendeine Aussicht auf die Führung erben könnte. Und doch sind wir nicht ohne Hoffnung.

„Die Stunde kam, und mit ihr kam der Mann.“ Von außerhalb der Parteimitteln, aus der verachteten Zeitungswelt in Fleet Street, wurde der Mann auf, der mit dem Anspruch in die Schranken tritt, der politische Führer der Zukunft zu sein. Ich meine Lord Beaverbrook, den Eigentümer des „Daily Express“ und anderer Zeitungen. Er hat Vision und Durchsicht. Er sieht einen Plan vor sich und stellt ihn durch. Er scheint weder vor modernen Schwierigkeiten noch vor den zermürbenden bürokratischen Schwierigkeiten. Er ist ein individueller Mensch, in London aufgewachsen. Er hat die freie, lebendige Demut der Revolutionen. Ihm scheint die Organisation der Welt nicht einem neuen Plane vor. Er erkennt, daß England aufhören wird erste Macht zu sein, wenn es nicht das Zentrum einer großen industriellen und landwirtschaftlichen Einheit, des britischen Weltreichs, ist und bleibt. Er will alle Kraft seines Lebens der Durchsicht dieser Weltanschauung widmen. Ein Mann im Anfang der fünfzig, äußerlich seinen Tempel aufgedeckt.

Es ist erst ein paar Monate her, seit er im „Daily Express“ seinen „Empire Reuegang“ für Frankreich innerhalb des Weltreichs und Selbstbehalt gegenüber der Außenwelt einleitete. Anfangs wurde er beschimpft wie sein Begründer Lord Rothhermes. „Ein Zeitungs-Mann“ sagten die orthodoxen Politiker.

Selbst, in wenigen Monaten, ist er der populärste Mann auf den britischen Inseln geworden. Man nennt ihn nicht persönlich, verhältnismäßig wenige haben ihn von Angesicht zu Angesicht gesehen. Nichtsdestoweniger hat er eine riesige Gefolgschaft, weil er furchtlos ist, weil die Leute empfinden, daß gesprochen werden muß, weil sie sich nach einem Führer sehnen und keinen haben als ihn.

Chaplin die Position ihrer Parteilagerung nach haben, hat Beaverbrook die konservative wie die sozialistische Partei